



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

B/XI/24 - 28. Januar 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Wichtige soziale Vorentscheidungen in dieser Woche	S. 1
Der innerösterreichische Kampf um den Erdöl- besitz	S. 3
Sowjetzonale Terrorjustiz neu bestätigt	S. 5
Badisch-Württembergische Auseinandersetzung um die Truppenstärke	S. 6

Sozialer Wohnungsbau - Richtsatzmieter - Kriegsopferversorgung

FS.-Auch in dieser Woche werfen die Spalten der deutschen Zeitungen für die Probleme, die sich aus den Wahlrechtsverhandlungen und dem Terminplan für die Wehrgesetzgebung ergeben, weit offen stehen. Darüber sollte aber nicht vergessen werden, dass in diesen Tagen auch zwei Entscheidungen heranreifen, die das persönliche Schicksal von Millionen einzelner Bundesbürger im Augenblick weit unmittelbarer beeinflussen können. Gemeint sind die abschliessenden Beratungen im Bundestagsausschuss für Wiederaufbau und Wohnungswesen über das zweite Wohnungsbau- und Familienheimgesetz und die dritte Lesung zur Neuregelung der Kriegsopferversorgung im Bundestage.

In der Wohnungsbaudebatte kann man heute vielleicht optimistischer sein, als etwa noch vor vier Wochen. Vor allem nachdem Bundeswohnungsbauminister Preusker mit den Gewerkschaften ein langes Gespräch führte und dabei erhöhte Mittel für den sozialen Wohnungsbau in Aussicht stellte. In den letzten Tagen ist immer von 700 statt 500 Mio. DM die Rede gewesen, die für diesen Zweck eingesetzt werden sollen. Niemand kann allerdings sagen, ob der Bundeswohnungsbauminister sich mit seiner neuen Ansicht durchsetzen wird.

Aber selbst 700 Mio. DM würden nicht ausreichen, um das bisherige Volumen des Wohnungsbaues in der Bundesrepublik aufrechtzuerhalten.

Man braucht nur daran zu denken, dass die Baukosten in den letzten Jahren um 40 Prozent gestiegen sind und dass durch das Wohnungsbauprämienparen etwa 120 Mio. DM abgezogen werden sollen. Aus dem grossen Topf der Wohnungsbau Mittel will man auch die Mietbeihilfen finanzieren, die Sondermassnahmen für den Eigenheimbau kommen hinzu, kurzum, die finanzielle Decke reicht auch bei einem Einsatz von 700 Mio. DM an allen Ecken und Enden nicht aus. Die SPD wird daher auf ihren Antrag, eine Milliarde DM für den sozialen Wohnungsbau bereitzustellen, beharren müssen.

Grösste Besorgnisse bestehen auch hinsichtlich der künftigen Miethöhe im sozialen Wohnungsbau. Denn wenn die Richtsatzmieten von 0,93 bis 1,43 DM pro qm abgeschafft werden sollen, wie es zur Zeit noch der Wille der Koalitionsparteien ist, dann bedeutet das eben das Ende des sozialen Wohnungsbaues. Drei Millionen Menschen, die heute noch auf eine Wohnung warten, werden dann bitter enttäuscht sein und auch noch so beschwörende Appelle des unzugänglichen CDU-Abgeordneten Lücke werden die SPD nicht veranlassen können, damit einverstanden zu sein, dass der soziale Wohnungsbau der Todesstoss versetzt wird.

Mit Bargen und Protesten sehen auch die Kriegsgopfer der kommenden Woche entgegen. Bis zur Stunde scheint die Koalition nur bereit zu sein, 180 Mio. DM zur Verbesserung der Kriegsgopferversorgung zur Verfügung zu stellen, was bedeutet, dass nicht ein Pfennig für die Erhöhung der Grundrenten zur Verfügung stehen wird. Die Aussichten für die sozialdemokratischen Anträge, die Grundrenten um 25 Prozent und die Ausgleichsrenten um 35 Prozent zu erhöhen, was einen Finanzaufwand von rd. 900 Mio. DM erfordert, stehen also angesichts der Differenz von 720 Millionen verzweifelt schlecht. Gerade bei diesen Sozialdebatten aber hat es sich auch gelegentlich gezeigt, dass die Koalitionsabgeordneten doch nicht den Mut hatten, in offener Feldschlacht ihre beschwörenden Worte vom "Bank des Vaterlandes" völlig zu desavouieren. Wie weit das auch diesmal der Fall sein wird, ist freilich ganz offen.

Feuergefährliches Erdöl

K.F., Wien

Österreich ist der größte Erdölproduzent Westeuropas. Um das - bekanntlich auch politisch feuergefährliche - Erdöl ist nun ein Kampf entbrannt, der es noch nicht sicher erscheinen läßt, dass dieser Bodenschatz - fachmännische Schätzungen geben einen Wert von nahezu 85 Milliarden Schilling an, das entspricht ungefähr dem gesamten jährlichen Volkseinkommen - und seine Erträge dem Österreichischen Volke zugute kommen. Durch das Verstaatlichungsgesetz vom 26. Juli 1946 wurde das gesamte Erdöl, alle Anlagen, Schürfrechte usw., verstaatlicht. Die Sowjets verhinderten das Wirksamwerden dieser Verstaatlichung, indem sie alle damit zusammenhängenden Anlagen und Vermögenswerte beschlagnahmten. Nun sind sie aber an Österreich wieder zurückgegeben worden, doch scheint sich jetzt das internationale Ölkapital dieses Reichtums bemächtigen zu wollen.

Unter den verstaatlichten Erdölbetrieben befanden sich auch solche, die Angehörigen der Westmächte gehörten. Diese wollten sich nicht mit der vorgesehenen Entschädigung für die Verstaatlichung abfinden, sondern wollten vielmehr ihre ungeschmälerten Rechte wiedererlangen, praktisch also das Verstaatlichungsgesetz vom Jahre 1946 für ihren Bereich unwirksam machen. Zu diesem Zweck schickten westliche Ölkonzerne knapp vor dem Abschluss des Staatsvertrages eigene "Pressure Groups" zu österreichischen Regierungsstellen, und schliesslich verhandelten auch die westlichen Außenminister mit Regierungsvertretern in diesem Sinne. So kam am 10. Mai 1955, fünf Tage vor der Unterzeichnung des Staatsvertrages, das sogenannte "Wiener Memorandum" zustande, das die den führenden westlichen Ölgesellschaften gehörenden Werte und Rechte von der Verstaatlichung ausnimmt. Dieser Vertrag, der im Grunde genommen keine rechtliche Gültigkeit besitzt, weil er niemals vom Parlament ratifiziert wurde, sondern vielmehr nur eine private Aemachung mit (dazu nicht bevollmächtigten) Regierungsvertretern darstellt, war eine offene Erpressung an Österreich. Ohne dieses Zugeständnis, durch das rund 80 Prozent des Ölkomplexes an das westliche Ölkapital ausgeliefert wird, wäre der Staatsvertrag nicht zustande gekommen.

Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) anerkennt überhaupt nicht die Verstaatlichung, sondern stellt sich auf den rabulistischen Stand-

punkt, nur jene Anlagen könnten als verstaatlicht gelten, die zum Zeitpunkt des Beschlusses des Verstaatlichungsgesetzes, also im Sommer 1946, vorhanden waren. Auch die Schürfrechte seien inzwischen verfallen. Was nach Auffassung der ÖVP als tatsächlich verstaatlicht gilt, das sind heute bestenfalls leere Erdölsonden. Im Lande Niederösterreich besitzt die ÖVP die absolute Mehrheit. Ihre Politik hat unter anderem zu einem völligen Bankrott der Landesfinanzen geführt. So musste vor einigen Tagen die einzige niederösterreichische Tuberkulosenheilstätte wegen Geldmangels geschlossen werden. Der Landesfinanzreferent will sich nun am Erdöl sanieren, das ja ausschliesslich in diesem Bundesland gefördert wird. Zu diesem Zweck hat er eine seit Ende 1954 bestehende Erdgasverwertungsgesellschaft, die dem Lande Niederösterreich gehört und die Bezeichnung NIOGAS trägt, vom Handelsminister und vom Finanzminister (beide von der ÖVP) mit entsprechenden Konzessionen und Verträgen ausstatten lassen.

Bohrungen wurden eingestellt

Gleichzeitig setzte die ÖVP die Oberste Bergbehörde unter Druck, so dass diese der Österreichischen Mineralölverwaltung, die dem sozialistisch geführten Verstaatlichungsministerium untersteht, die weiteren Bohrungen untersagte. Die Bohrungen sind seither tatsächlich eingestellt. Die NIOGAS will selbst bohren - ohne ausreichendes Kapital, ohne eigene Anlagen und Einrichtungen, ohne Arbeitskräfte. Hinter der NIOGAS stehen ausländische und inländische Kapitalgruppen. Da aber die NIOGAS selbst keine Bohrungen durchführen kann und da die russische Anleihe wegen der dafür nicht zustande kommenden Staatsgarantie gescheitert ist, denkt man daran, westdeutsche Ölgesellschaften mit den Bohrungen und Förderungen zu betrauen. Für viele der 13.000 im Erdölgebiet beschäftigten Arbeiter und Angestellten würde dies das Ende ihrer Existenzgrundlage bedeuten. Der Österreichische Gewerkschaftsbund setzt sich dagegen mit aller Entschiedenheit zur Wehr. Am 25. Jänner beschloss überdies der Parteivorstand der Sozialistischen Partei, "alle Anschläge zurückzuweisen, die gegen das Eigentum von Staat und Volk gerichtet sind".

Todesurteile für Stellennachweis

rn. Die Urteile im Ostberliner "Abwerbungs-Prozess" sind auf den ersten Blick als Terrorurteile schlimmster Art zu erkennen. Die Bewohner der Zone wird, als sie davon erfahren, der kalte Schrecken gepackt haben. Hier ist, trotz der Mühe, die sich die Begründung gibt, keine Rechtsgrundlage, sondern nur ein politischer Zweck zu erkennen.

Er war von der sowjetzonalen Presse schon in ihren Vorschauen auf diesen Prozess offen ausgesprochen worden: Den Menschen jeden Mut zu nehmen, die DDR zu verlassen und die sogenannte Republikflucht für sie zu einem Risiko ihres Lebens zu machen. Gerade im Hinblick auf diese Präjuden verlieren die zusätzlichen Beschuldigungen der Urteilsabgründung, wie etwa die einer Spionage für den amerikanischen Geheimdienst, jede Glaubwürdigkeit. Gegen den Tatbestand "Abwerbung" aber gibt es auch im geltenden Recht der Sowjetzone noch keine Strafandrohung, die die jetzt gefällten Urteile auch nur formal rechtfertigen oder verständlich machen würde. Hier liegt einfach ein Akt barbarischer Willkür vor, der selbst nach sowjetzonalen Maßstäben überrascht.

Wie weit diese Urteile jedem normalen Rechtsempfinden entfernt sind, wird deutlich, wenn man sich eine entsprechende Situation in irgend einem demokratischen Rechtsstaat, etwa in der Bundesrepublik, vorzustellen versuchte. Das heißt, hier würde mit solchen Höchststrafen bedacht werden, wer andere zum Verlassen der Bundesrepublik ermuntert, nur weil er sie auf einer günstigen Arbeitsplatz ausserhalb der westdeutschen Grenzen aufmerksam machte. Das ist einfach grotesk. Aber Entrüstung, so verständlich sie ist, führt zu keinem Ergebnis. Diese Urteile werden von denen, in deren Auftrage sie gefällt worden sind, vielleicht nicht einmal als Justizverbrechen, sondern als politische Handlungen in scheinjuristischer Verkleidung angesehen, die im Partei- und Staatsinteresse notwendig waren.

Die Zonenregierung legt seit längerer Zeit entscheidenden Wert darauf, als staatliche Realität anerkannt zu werden, sie will alljährlich hoffähig werden, vor allem auch im Umgang mit der Bundesrepublik. Mit so ohne neckten Brutalitäten erreicht sie aber nur, dass ihre Geltung international bis in die Nähe des Nullpunktes absinkt.

"Kein geeignetes Thema für den Wahlkampf"

Lor.-Die baden-württembergische CDU ist auf das Verteidigungsministerium nicht gut zu sprechen. Es war sicherlich nicht gut beraten, als es den Oberstleutnant Barth vor der Presse in Stuttgart erklären liess, was das Land Baden-Württemberg im Zuge der nun beginnenden westdeutschen Aufrüstung zu erwarten habe. Baden-Württemberg steht vor den Landtagswahlen. Da werden die Wähler besonders hellhörig, und gerade dann, wenn es um Dinge geht, die ihre Angelegenheiten tief berühren.

Für die CDU als der treibenden Kraft des westdeutschen Aufrüstungs-experimentes waren es im höchsten Grade unangenehme, ja schockierende Tatsachen, die der Oberstleutnant vom Verteidigungsministerium zu verkünden hatte. Baden-Württemberg muss etwa 86 000 Mann der bundesrepublikanischen Wehrmacht aufnehmen. Das bedeutet: den Bau von 40 Kasernen, Landbeschlagnahme für die Errichtung von Flugfeldern, die Umstellung von Wirtschaftsbetrieben, die bisher für den zivilen Bedarf arbeiten, in Rüstungsbetriebe und vieles andere mehr von entscheidender Wirkung. Die davon betroffene Bevölkerung, nicht zuletzt die Bayern, sehen nun mit Schrecken, in Erinnerung vergangener Zeiten, was auf sie zukommt. Die baden-württembergische CDU befand sich, als diese zu erwartenden Folgen im Landtag zur Sprache kamen, in arger Verlegenheit, und Ministerpräsident Dr. Gebhard-Müller versicherte, die Aussagen Barths eilten den Tatsachen "unglaublich weit voraus", ohne freilich ihren Wahrheitsgehalt bestreiten zu können. Ein anderer CDU-Sprecher sagte, dieses "sei kein geeignetes Thema für den Wahlkampf".

Warum denn nicht? Die Aufrüstung der Bundesrepublik ist eine beschlossene Sache, an der es, wie die Dinge liegen, nichts mehr zu rütteln gibt. Eine beschlossene Sache ist auch, dass, was die Stationierung des künftigen 500 000-Mann-Heeres betrifft, die NATO das entscheidende Wort zu sagen hat. Die "wiedergewonnene Souveränität" der Bundesrepublik, auf die sich die grösste Regierungspartei so gern und so oft beruft, ist hier auf ein Mindestmass eingeschränkt, das heisst, das Verteidigungsministerium hat nur auszuführen, was die Stäbe der NATO zu verfügen für gut erachten.

Die bewegte Klage Württemberg-Südens, es wolle nicht die grösste

28. 1. 1956

Kaserne in der Bundesrepublik werden, dürfte sich in anderen Land-
tagen wiederholen, aber auch das Bestreben der CDU vor Wahlen die
nun für alle unvermeidlichen und unbequemen Folgen der westdeutschen
Aufrüstung zu verschleiern. Die Tatsachen "eilen nicht unglaublich
weit voraus". Sie sind vielmehr schon jetzt Bestandteil einer Po-
litik, die die Wirklichkeit umzuformen beginnt. Aus allzu durch-
sichtigen Motiven hält es die CDU freilich noch für opportun, diese
Wirklichkeit zu verschleiern, aber niemand und nichts befreit sie
von der Verantwortung, dass sie es war und ist, die nun den Ländern
und Gemeinden im Zuge der Aufrüstung Lasten aufbürdet, an denen
sie schwer zu tragen haben werden.

+ + -

Eine Bitte des P.V.

sp.-Nachdem in den vergangenen Jahren die Bibliothek der SPD
beträchtlich ausgebaut werden konnte, beabsichtigt das Archiv der
SPD auch die in der Verbotszeit zerstörte Sammlung des früheren
Propagandamaterials der Partei nach Möglichkeit wieder aufzubauen.
Der Vorstand der SPD bittet alle Mitglieder und Freunde der Partei,
in deren Besitz sich noch alte SPD-Plakate aus der Zeit des Kaiser-
reichs oder der Weimarer Republik befinden, diese dem Referat Pro-
paganda beim Parteivorstand leihweise zur Verfügung zu stellen.
Eine schonende Behandlung und kurzfristige Rücksendung wird zuge-
sichert.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau